



Vietnam

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:	
92 Millionen	Buddhisten	50 %
	Religionslose	30 %
	Christen	10 %
	Sonstige	10 %

Staatsform und Verfassung

In der Sozialistischen Republik Vietnam liegt die politische Macht in den Händen der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV). Diese ist die einzige zugelassene politische Partei. Oppositionsparteien sind verboten, Vietnam ist ein Einparteienstaat. Das ist in Artikel 4 der Verfassung so festgelegt, die am 1. Januar 2014 in einer überarbeiteten Form in Kraft getreten ist. Die Führungsrolle der KPV wurde mit dieser überarbeiteten Verfassung noch weiter gefestigt: Die KPV ist jetzt nicht mehr nur Führer der Arbeiterklasse, sondern aller Vietnamesen und der ganzen Nation. Sie ist die „führende Kraft in Staat und Gesellschaft“.

Die Richtlinien der Politik und damit das Geschehen in Politik und Gesellschaft werden vom 19-köpfigen Politbüro bestimmt, das vom Generalsekretär der KPV geleitet wird. Die Nationalversammlung besteht zum größten Teil aus Mitgliedern der kommunistischen Partei. Sie wird zwar vom Volk gewählt, die Kandidaten werden aber zuvor von der KPV ernannt oder gebilligt. Im politischen Entscheidungsprozess hat die Nationalversammlung nur eine untergeordnete Bedeutung. Verbände, Organisationen und die Gewerkschaft sind in der „Vaterländischen Front“ zusammengefasst, wodurch die Parteiführung große Teile der Gesellschaft kontrollieren kann. Die „Vaterländische Front“ ist auch verantwortlich für die nationale Religionspolitik und bestimmt, welche religiösen Gruppen offiziell anerkannt werden.

Die vietnamesische Verfassung gewährt rein formal bestimmte Grundrechte wie Meinungs-, Glaubens-, Versammlungs- und Pressefreiheit. In der Praxis werden diese Rechte aber durch weit gefasste Gesetze und Vollmachten der Behörden zum Teil erheblich eingeschränkt. Medien, Internet und Satellitenfernsehen werden staatlich überwacht. Auch sonst gibt es ein ausgedehntes Netz staatlicher Kontrollen. Es gibt Berichte, nach denen

jeder sechste Erwerbstätige für staatliche Sicherheitsbehörden arbeitet. Aktivisten, die sich für Menschenrechte oder politische Freiheit einsetzen, müssen mit staatlichen Repressionen rechnen.

Bestimmungen zur Religionsfreiheit

Im Artikel 24 der Verfassung von 2014 wird die „Glaubens- und Religionsfreiheit“ zugesichert. Jeder hat das Recht, „einer beliebigen Religion anzugehören oder auch keiner Religion“. „Vor dem Gesetz sind alle Religionen gleich.“ „Der Staat respektiert und schützt die Glaubens- und Religionsfreiheit.“ Allerdings darf dieses Grundrecht nicht missbraucht werden, „um gegen andere Gesetze zu verstoßen“.

Die Kontrolle und Steuerung der Religionsgemeinschaften auf allen Ebenen erfolgt über die „Büros für religiöse Angelegenheiten“, die zur Verwaltungsstruktur der „Vaterländischen Front“ gehören. Den rechtlichen Rahmen dazu bildet ein Religionsgesetz, die „Verordnung über Religion und Glauben“, die es seit 2004 gibt. Am 1. Januar 2018 trat eine neue Fassung dieses Gesetzes in Kraft. Im Mai 2015 war der Entwurf dieser Neufassung unter anderem der katholischen Kirche zur Stellungnahme vorgelegt worden. Dieser Vorgang war eine Neuerung in Vietnam, solch ein Vorgehen hatte es zuvor nicht gegeben. Die Stellungnahme der katholischen Kirche zu dem Gesetzesentwurf fiel allerdings sehr kritisch aus. In dieser Form verstoße der Gesetzesentwurf gegen internationale Standards der Religionsfreiheit und auch gegen die vietnamesische Verfassung. Im Oktober 2015 wurde der Gesetzesentwurf dann in erster Lesung von der Nationalversammlung beraten. Danach gab es einige Änderungen, teils zum Besseren, teils zum Schlechteren für die Religionsgemeinschaften. Im November 2016 wurde das Gesetz dann in seiner endgültigen Fassung von der Nationalversammlung verabschiedet. In einer Stellungnahme gestand die katholische Bischofskonferenz zu, dass das Gesetz in der neuen Fassung zwar durchaus einige „innovative und positive Aspekte“ habe. Allerdings gebe es auch „viele Punkte, die uns beunruhigen und alarmieren“. Das neue Gesetz enthalte „Mehrdeutigkeiten und Widersprüche“, was zu sehr willkürlichen Entscheidungen führen könne. Auch erlaube das Gesetz zahlreiche Möglichkeiten der „Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften“ und der „strengen Kontrolle ihrer Aktivitäten“. Nach Einschätzung der katholischen

Bischöfe hat die kommunistische Regierung ein unzulängliches Verständnis für die Rolle der Religion und der Religionsgemeinschaften: „Die Regierung betrachtet die Religionsgemeinschaften lediglich als politische Organisationen, manchmal auch als oppositionelle Kräfte. Pastorale Aktivitäten im Bereich der Caritas, der Gesundheit oder im Bildungswesen werden nicht angemessen bewertet und pastorale Aktivitäten werden geächtet.“

Schon die bisherigen staatlichen Bestimmungen für religiöse Aktivitäten waren sehr streng. Den staatlichen Behörden werden darin umfassende Kontrollmöglichkeiten eingeräumt. Einzelheiten werden in einer Durchführungsverordnung, dem sogenannten Dekret 92, geregelt, das am 1. Januar 2013 in Kraft getreten ist. Für ein legales Handeln müssen sich Religionsgemeinschaften staatlich registrieren lassen. Religionsgemeinschaften, die sich einer staatlichen Registrierung verweigern und entziehen, gelten als illegal und werden vom Staat bekämpft. Viele religiöse Aktivitäten sind nur mit vorheriger Erlaubnis der zuständigen Behörden gestattet. Freiheit gibt es nur für alltägliche Aktivitäten, Riten und liturgische Handlungen in Kirchen, Gebetsstätten und Tempelanlagen. Alles, was darüber hinausgeht, muss zuvor beantragt und genehmigt werden. Dazu zählen zum Beispiel größere Versammlungen außerhalb von Gottesdiensten, Reparatur und Neubau von Kirchen, die Aufnahme von Kandidaten für das Priesteramt in das Priesterseminar, die Weihe von Priestern oder Sitzungen der Bischofskonferenz inklusive der Tagesordnung.

Religionsgemeinschaften in Vietnam

Religion hat eine relativ hohe Bedeutung in Vietnam. Mehr als die Hälfte der Vietnamesen fühlen sich mit dem Buddhismus verbunden. Etwas mehr als sechs Millionen Vietnamesen sind Mitglied in der katholischen Kirche, das sind rund sieben Prozent der Bevölkerung. Der Anteil protestantischer Christen liegt bei ein bis zwei Prozent. Zur Cao-Dai-Bewegung (eine synkretistische Religion) rechnen sich etwa zwei bis vier Prozent der Bevölkerung, zur Sondergemeinschaft der Hoa Hao (aus dem Buddhismus hervorgegangen) gehören rund zwei bis drei Prozent der Bevölkerung. Darüber hinaus gibt es zahlreiche sehr kleine Religionsgemeinschaften. Laut dem Religionsfreiheitsbericht des US-Außenministeriums sind in Vietnam 38 Religionsgemeinschaften staatlich registriert und anerkannt.

Katholische Kirche

Der katholische Glaube kam erstmals im 16. Jahrhundert mit französischen, spanischen und portugiesischen Missionaren ins Land. Im Jahr 1659 wurden die ersten beiden katholischen Diözesen in Vietnam gegründet. Mit einem „Heiligen Jahr“ und zahlreichen Aktionen feierte die katholische Kirche vom 24. November 2009 bis zum 6. Januar 2011 ihr 350-jähriges Bestehen. Dieses Heilige Jahr verlieh der katholischen Kirche in Vietnam weiteren Schwung und führte zu weiterem Wachstum.

Als Vietnam am Ende des Indochinakrieges (1946 bis 1954) in ein kommunistisch regiertes Nordvietnam (Hauptstadt: Hanoi) und ein vom Militär regiertes Südvietnam (Hauptstadt: Saigon) geteilt wurde, flüchteten etwa zwei Drittel der Katholiken von Nordvietnam nach Südvietnam. Die Zahl der Katholiken in Nordvietnam sank damit auf etwa 300 000 Gläubige. Die Kirche in Nordvietnam wurde von der kommunistischen Partei und der Regierung als ideologischer Gegner gesehen und in den Folgejahren mit vielerlei Repressalien systematisch unterdrückt und verfolgt. In Südvietnam dagegen gestaltete sich das Leben der katholischen Kirche sehr lebendig. Beide Landesteile waren aber Schauplatz des blutigen und sehr verlustreichen Vietnamkrieges (1955 bis 1975), an dessen Ende die Wiedervereinigung von Süd- und Nordvietnam stand. Am 2. Juli 1976 wurden Nord- und Südvietnam unter dem Namen Sozialistische Republik Vietnam zu einem neuen Staat unter kommunistischer Herrschaft zusammengefügt.

Das Verhältnis zwischen kommunistischer Regierung und katholischer Kirche war in den ersten Jahren der neuen sozialistischen Republik wegen der früheren antikommunistischen Haltung der in Südvietnam lebenden Katholiken stark belastet. Es kam zu einer Reihe von Prozessen gegen Priester, Ordensleute und Laien, in denen ihnen eine grundsätzliche Gegnerschaft zum Kommunismus und zum Sozialismus vorgeworfen wurde. Der katholischen Kirche wurde der Weiterbetrieb von Schulen, Krankenhäusern und sozialen Einrichtungen verboten, der zugehörige Besitz wurde vom Staat konfisziert. In der politischen Führung herrschte ein großes Misstrauen gegenüber den Katholiken, vor allem auch wegen ihrer Verbindungen ins Ausland und zum Vatikan. Es wurde ihnen unterstellt, keine echten Patrioten zu sein. Im Jahr 1980 wurde für die katholische Kirche ein



Eine katholische Kirche in der Diözese Hanoi in Vietnam. Am 1. Januar 2018 traten in Vietnam erweiterte gesetzliche Bestimmungen für Religionsgemeinschaften in Kraft. Das kommunistische Regime und die Religionsbehörden besitzen mit dieser Verordnung weitreichende Kontrollrechte über die Aktivitäten der Religionsgemeinschaften.

„Einheitskomitee der Patriotischen Katholiken“ gegründet. Dieses wurde aber von den katholischen Bischöfen abgelehnt und konnte nur wenig Einfluss auf die Kirche gewinnen. Eine Spaltung in eine „offizielle patriotische Kirche“ und eine „Untergrundkirche“, die sich der Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Staat verweigert hätte, konnte, anders als in China, in Vietnam vermieden werden.

Seit einigen Jahren gibt es nun eine gewisse Entspannung im Verhältnis zwischen kommunistischer Regierung und katholischer Kirche. Nach über dreißig Jahren nahmen im Jahr 2011 der Heilige Stuhl und Vietnam wieder diplomatische Beziehungen auf. Allerdings gibt es bis heute noch keinen Apostolischen Nuntius in Vietnam, sondern mit Erzbischof Leopoldo Girelli nur einen nichtresidierenden Sondergesandten für Vietnam. Seine Besuche in Vietnam müssen vorher von der Regierung genehmigt werden und dürfen nie länger als einen Monat sein.

Protestantische Kirchen

Das protestantische Christentum kam Anfang des 20. Jahrhunderts vor allem durch Missionare aus den USA nach Vietnam. Die Missionare waren vorwiegend unter den Bergvölkern im zentralen Hochland Vietnams aktiv. Nach der Gründung der Sozialistischen Republik Vietnam im Jahr 1976, nach dem Vietnamkrieg, war das Misstrauen gegenüber den protestantischen Christen wegen ihrer Verbindungen zu den USA noch größer als gegenüber den Katholiken. Viele protestantische Kirchen in Südvietnam wurden zerstört oder konfisziert, zahlreiche Pastoren und Gemeindeleiter wurden verhaftet oder unter Hausarrest gestellt.

Heute liegt die Zahl der protestantischen Christen in Vietnam bei etwa einer Million. Wegen des Mangels an Kirchengebäuden trifft sich etwa die Hälfte von ihnen in sogenannten Hauskirchen zu Gebetskreisen und Gottesdiensten.

Die in den Bergregionen lebenden ethnischen Minderheiten unterscheiden sich in Sprache und Kultur sehr deutlich von der Mehrheitsbevölkerung der ethnischen Vietnamesen, deren Anteil bei knapp neunzig Prozent liegt. Die Bergvölker sind von der wirtschaftlichen Entwicklung oft abgeschnitten

und leben in Armut. Zum Teil gibt es unter ihnen separatistische Bestrebungen. Von der kommunistischen Regierung werden christliche Missionare häufiger verdächtigt, solche separatistischen Bestrebungen zu fördern.

Exemplarische Fälle von Gewalt und wichtige Entwicklungen

Im Folgenden werden einige exemplarische Fälle von Diskriminierung und Gewalt aufgelistet, in denen die Religionszugehörigkeit eine gewisse Rolle spielt. Eine vollständige Darstellung ist wegen der Vielzahl der Vorfälle nicht möglich. Darüber hinaus werden einige wichtige Vorkommnisse und Entwicklungen der letzten zwei bis drei Jahre dargestellt.

August 2015: Laut einer Meldung des katholischen asiatischen Pressedienstes Ucanews äußerte sich der Vatikan sehr besorgt über das geplante neue Religionsgesetz. Der nicht-residierende päpstliche Repräsentant Erzbischof Leopoldo Girelli sprach laut Ucanews von einem „Schritt zurück“. Die katholische Kirche in Vietnam hoffe noch, an dem Gesetzgebungsverfahren beteiligt zu werden. Schon im Mai 2015 hatten katholische Bischöfe Kritik an dem Gesetzentwurf geübt.

Oktober 2015: Sehr kritisch äußerte sich die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) über das geplante neue Religionsgesetz, dass Ende Oktober 2015 von der vietnamesischen Nationalversammlung in erster Lesung beraten wurde. Der Asienreferent der Organisation, Ulrich Delius, sagte: „Dieses Gesetz ist kein Fortschritt bei der Umsetzung der verfassungsrechtlich garantierten Religionsfreiheit, sondern öffnet lokalen Behörden alle Möglichkeiten, Glaubensgemeinschaften willkürlich zu drangsalieren und Gläubige an der Religionsausübung zu hindern.“

Januar 2016: Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Reinhard Kardinal Marx, äußerte sich nach einer neuntägigen Reise nach Vietnam vorsichtig optimistisch über die Lage der Religionsgemeinschaften in Vietnam. Die katholische Kirche in Vietnam genieße nach Jahren der Unterdrückung inzwischen wieder ein gewisses Maß an Freiheit für die Ausübung ihrer pastoralen Aufgaben. In einer Pressemitteilung der Deutschen Bischofskonferenz wird Kardinal Marx mit den Worten zitiert: „Meine

kirchlichen Gesprächspartner haben deutlich gemacht, dass für die Kirche in Vietnam vieles möglich ist – aber abhängig von politischen Konjunkturen der Zentralregierung und dem Wohlwollen der lokalen Behörden. Das ist nicht die rechtlich gesicherte Religionsfreiheit, wie wir sie uns wünschen und wie sie in den internationalen Menschenrechtsvereinbarungen festgehalten ist; aber der heutige Zustand ist auch weit entfernt von der Repression, die die Kirche in früheren Jahrzehnten erleiden musste.“ Es habe in den letzten Jahren einige Verbesserungen gegeben. Dazu zähle auch, dass die Kirche inzwischen selbst entscheiden könne, wie viele Priester sie ausbilden und wo sie sie in der Pastoral einsetzen wolle. Kardinal Marx sprach aber auch die Kritik an, die die katholischen Bischöfe in Vietnam am Entwurf für das neue Religionsgesetz geübt hatten. Durch die dort vorgesehenen weitreichenden Registrierungs- und Mitteilungspflichten drohe die Gefahr einer umfassenden Überwachung der Kirche.

Januar 2016: Das katholische Hilfswerk missio Aachen und die Menschenrechtsorganisation Reporter ohne Grenzen (ROG) starteten in Berlin eine Kampagne, um die Freilassung des vietnamesischen Bloggers und katholischen Priesters Nguyen van Ly zu erreichen. Zum Hintergrund erläuterten die beiden Organisationen, Kritik an der Regierung sei in Vietnam verboten. Blogger und unabhängige Journalisten würden von den staatlichen Behörden hartnäckig unterdrückt und verfolgt, „oft auch mit brutaler Gewalt und der Hilfe krimineller Gruppen“. Auffallend viele der verfolgten Blogger hätten einen kirchlich-christlichen Hintergrund: „Die Kirchen gehören in Vietnam zu den wenigen Orten, an denen ein freier Meinungs Austausch möglich ist“, erklärten die beiden Organisationen. Allerdings stünden auch die Religionsgemeinschaften unter einer strengen Kontrolle durch den Staat. Für viele ihrer Aktivitäten müssten sie bei den „Büros für religiöse Angelegenheiten“ vorab staatliche Genehmigungen einholen.

Mai 2016: Kurz vor dem Besuch von Präsident Barack Obama in Vietnam wurde der katholische Priester, Blogger und Dissident Nguyen Van Ly aus dem Gefängnis entlassen. Als politischer Häftling hatte er schon mehrfach Gefängnisstrafen verbüßen müssen, zuletzt war er wegen „Propaganda gegen den sozialistischen Staat“ zu acht Jahren Haft verurteilt worden. Nguyen Van Ly hatte sich zusammen mit anderen Dissidenten für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte in Vietnam eingesetzt.

September 2016: Am 14. September 2016 wurde in Ho Chi Minh City die erste katholische Universität in Vietnam feierlich eröffnet. Rektor des neuen Instituts ist Bischof Joseph Dinh Duc Dao. Die Hochschule ermöglicht das Studium der Theologie. Der Lehrbetrieb begann im ersten Studienjahr mit 23 Studenten, die am Katholischen Institut eingeschrieben waren.

Oktober 2016: Eine vatikanisch-vietnamesische Arbeitsgruppe kam im Vatikan zu einem zweitägigen Treffen zusammen, um über kirchliche und religionspolitische Fragen zu sprechen. Es war das sechste Treffen dieser Arbeitsgruppe. Beide Seiten bekräftigten ihren Willen zu einer weiteren Annäherung. Erste Schritte dazu hatte es in den 1990er-Jahren gegeben. Nach Angaben des Vatikans gab es jetzt ein konkretes Entgegenkommen der vietnamesischen Regierung beim Aufbau eines Katholischen Instituts in Ho-Chi-Minh-Stadt sowie bei der Ausrichtung katholischer Feierlichkeiten. Die vietnamesische Seite sprach von Verbesserungen im Bereich der Religionsfreiheit und würdigte die aktive Rolle der Kirche für die gesellschaftliche Entwicklung des kommunistischen Landes.

November 2016: Staatspräsident Tran Dai Quang wurde im Vatikan von Papst Franziskus zu einem rund 15-minütigen Gespräch empfangen. Beide Seiten lobten das gute Verhältnis und die Zusammenarbeit zwischen der Kirche und dem sozialistischen Staat in verschiedenen Bereichen, wie der Vatikan anschließend mitteilte. Es war von einem „gemeinsamen Geist des Dialogs“ die Rede. Nach der Privataudienz beim Papst traf sich Quang mit Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin und dem vatikanischen Außenminister, Kurienerzbischof Paul Richard Gallagher.

April 2017: Der vietnamesische Rechtsanwalt Nguyen Van Dai erhielt den Menschenrechtspreis des Deutschen Richterbunds als Anerkennung für sein Engagement in Vietnam und seine Bemühungen, das Land in eine demokratische, freiheitliche und rechtsstaatliche Zukunft zu führen. Nguyen Van Dai wurde im Dezember 2015 in Vietnam unter dem Vorwurf verhaftet, er habe Propaganda gegen die sozialistische Republik betrieben. Der Rechtsanwalt hatte Christen und Angehörige anderer Minderheiten in Vietnam vor Gericht verteidigt, hatte Hilfsprojekte für religiöse Minderheiten organisiert sowie Beratungsstellen für den Aufbau zivilgesellschaftlicher

Gruppen und Studentenvereinigungen. Aufgrund der Anklage droht dem Menschenrechtsaktivist eine langjährige Haftstrafe.

Juni 2017: Der „Interreligiöse Rat von Vietnam“, ein Gremium vor allem aus Katholiken, Protestanten und Buddhisten, übte scharfe Kritik an der geplanten Neufassung der „Verordnung über Religion und Glauben“. In diesem Gesetz komme die „Mentalität des totalitären atheistischen Regimes von Vietnam“ zum Ausdruck.

Oktober 2017: Der regierungskritische Blogger Phan Kim Khanh wurde wegen „regierungsfeindlicher Propaganda“ zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Nach Angaben des Redemptoristenpaters John Nguyen Ngoc Nam Phong hat der katholische Student in seinem Blog über soziale Ungerechtigkeit und Korruption unter Regierungsmitarbeitern geschrieben. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) forderte die sofortige Freilassung des jungen Mannes. In einer Presseerklärung von HRW wird der Asien-Experte Brad Adams mit den Worten zitiert: „Dieses Pseudoverbrechen der staatsfeindlichen Propaganda wurde extra geschaffen, um friedliche Kritiker zum Schweigen zu bringen. ... Vietnam sollte diese Gesetze abschaffen und damit aufhören, Studenten und normale Bürger zu verfolgen, die sich im Internet einfach nur über die Probleme des Landes äußern.“

Januar 2018: Am 1. Januar 2018 trat die „Verordnung über Religion und Glauben“ in einer neuen Fassung in Kraft. Das kommunistische Regime und die Religionsbehörden besitzen mit dieser Verordnung weitreichende Kontrollrechte über die Aktivitäten der Religionsgemeinschaften.

Januar 2018: Ein Berufungsgericht in der Stadt Nghe An bestätigte im Fall des katholischen Bürgerrechtlers Nguyen Van Oai die fünfjährige Gefängnisstrafe mit einer anschließenden vierjährigen Bewährungszeit. Er war im September 2017 wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt“ verurteilt worden. Internationale Menschenrechtsorganisationen hatten sich für die sofortige Freilassung von Oai eingesetzt. „Nguyen Van Oai und viele andere mutige Vietnamesen setzen für Demokratie und Menschenrechte ihre persönliche Sicherheit und Freiheit aufs Spiel“, hieß es dazu in einer Stellungnahme von Human Rights Watch (HRW). Aktuell seien

mehr als 100 Vietnamesen in Haft, weil sie „ihr Grundrecht auf Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Religionsfreiheit“ ausgeübt haben.

März 2018: 33 Bischöfe und Weihbischöfe reisten zum Ad-Limina-Besuch in den Vatikan, um Papst Franziskus über die neuesten Entwicklungen in Vietnam zu berichten. Geleitet wurde die Delegation von Kardinal Pierre Nguyen Van Nhon, dem Erzbischof der Hauptstadt Hanoi. Überschattet wurde der Besuch von dem plötzlichen Tod des Erzbischofs von Ho-Chi-Minh-Stadt, Paul Bui Van Doc. Der 73-Jährige starb während eines Gottesdienstes in der Papstbasilika Sankt Paul vor den Mauern an einer Herzattacke.

Quellen

- *Agencia Fides (missionarischer Nachrichtendienst der katholischen Kirche)*
- *Asia News (Nachrichtendienst des Päpstlichen Instituts für die auswärtigen Missionen – PIME)*
- *Deutsche Welle (DW): www.dw.com*
- *Human Rights Watch*
- *Katholische Nachrichtenagentur (KNA)*
- *Radio Vatikan, Newsletter*
- *Union of Catholic Asian News (UCAN)*
- *U.S. Department of State: International Religious Freedom Report (IRFR), 2016*
- *U.S. Commission on International Religious Freedom (USCIRF): Annual Report 2017*
- *ZENIT (Nachrichtenagentur)*